



Förderung von Prävention ist Investition in die Zukunft

Staatssekretär Winter lobte die beispielhafte Prävention der AIDS-Hilfen auf dem Jahresempfang der AIDS-Hilfe NRW in Düsseldorf

Köln, 06.04.2006 (Sperrfrist 18.00 Uhr) – Der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Prof. Dr. Stefan Winter, lobte den Einfluss der AIDS-Hilfe NRW auf die Gesundheitsprävention. „Die unter Mitwirkung der AIDS-Hilfen entwickelte erfolgreiche AIDS-Prävention hat der gesundheitlichen Prävention in Nordrhein-Westfalen insgesamt wichtige Impulse gegeben.“ Anlässlich des Jahresempfangs der AIDS-Hilfe NRW im Düsseldorfer Hetjens-Museum sprach Winter zu Herausforderungen und Perspektiven der Gesundheitsprävention in NRW. „Die Tätigkeit der AIDS-Hilfen bleibt auch weiterhin ein unverzichtbarer und tragender Baustein der Maßnahmen des Landes zur Eindämmung von AIDS“, sagte Winter.

Vor den etwa einhundert Gästen aus Politik, Verwaltung und Verbänden sowie den Strukturen der AIDS-Arbeit in NRW forderte der Landesvorsitzende der AIDS-Hilfe NRW, Klaus-Peter Hackbarth ein Umdenken in der Förderpolitik. „Landesausgaben zur Unterstützung der AIDS-Hilfe und der strukturellen Prävention im Bereich der Drogenselbsthilfe und der schwulen Selbsthilfe scheinen zur Zeit ausschließlich als Verbrauch öffentlicher Mittel gesehen zu werden“, bedauerte Hackbarth. „Auf diese Ausgaben darf aber auch angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung nicht verzichtet werden!“, sagte Hackbarth. „Maßnahmen zur strukturellen HIV-Prävention sind eine Investition in die Zukunft unseres Landes, die unbedingt notwendig ist!“

Hackbarth wies darauf hin, dass Prävention nicht eindimensional gesehen werden dürfe. „Es ist unumgänglich, die Strukturen in den Zielgruppen der HIV-Prävention zu stützen und zu erhalten. Die strukturelle Prävention der AIDS-Hilfen und ihrer Kooperationspartner ist durch nichts zu ersetzen.“ Daher sollten die Abgeordneten des Landtags die geplanten Kürzungen im Bereich der JES-Selbsthilfe und des Schwulen Netzwerks NRW noch einmal zu überdenken. „Wer hier spart, hat das Schicksal kommender Generationen nicht mehr im Blick!“, so Hackbarth.

Zum Hintergrund: Das Land NRW plant, die Unterstützung der Akzeptanzförderung für Lesben und Schwule massiv zu beschneiden. Damit gefährdet sie wichtige Strukturen in der Umsetzung effektiver HIV-Prävention bei schwulen Männern. Auch die mühsam aufgebauten Strukturen in der Drogenselbsthilfe unseres Landes drohen mit der angekündigten Streichung der regionalen und landesweiten Projekte und der landesweiten Koordinationsstelle der JES-Selbsthilfe akut zusammen zu brechen.

o
f
n
i
e
s
s
e
r
e
p
r
e
s
s
e
n
f
o

Rede

von Klaus Peter Hackbarth
Vorstandsvorsitzender der AIDS-Hilfe NRW e.V.

anlässlich des Jahresempfangs der AIDS Hilfe NRW
am 06. April 2006 in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
liebe Freundinnen und Freunde!

Im Namen des Vorstands der AIDS-Hilfe NRW begrüße ich Sie alle recht herzlich zum Jahresempfang unseres Verbands in diesem schönen Haus inmitten der Düsseldorfer Altstadt. Ein wesentlicher Grund unseres Jahresempfanges ist die Präsentation der AIDS-Hilfen in Nordrhein-Westfalen als verlässliche und kompetente Partnerin in der Gesundheitsprävention.

Es ist uns eine besondere Freude, dass der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Herr Prof. Dr. Winter, heute über die Herausforderungen und Perspektiven der Gesundheitsprävention in NRW zu uns spricht. Herr Prof. Dr. Winter, herzlich willkommen bei der AIDS-Hilfe und vielen Dank für Ihre Bereitschaft, heute zu uns zu sprechen.

Besonders freuen wir uns über die Anwesenheit einer Reihe von Mitgliedern unseres Landtags. Den Abgeordneten kommt in diesen Tagen und Wochen die Aufgabe zu, den Landeshaushalt zu beraten und zu beschließen. Wir freuen uns, dass trotz der momentanen Arbeitsbelastung *Abgeordnete aller vier Fraktionen* den Weg zu uns gefunden haben. Die Freude ist dadurch gesteigert, dass es für *Sie* angesichts der aktuellen Haushaltsberatungen und der drohenden Kürzungsabsichten sicherlich nicht immer leicht ist Kontakt mit der Basis zu suchen. Aber Ihre Meinung und Ihre Positionen sind uns wichtig; ebenso wichtig ist uns, Ihnen *unseren* Standpunkt zu erläutern und mit Ihnen im Gespräch zu bleiben.

Mit gleicher Herzlichkeit begrüße ich alle übrigen Gäste am heutigen Abend, seien Sie gekommen als Vertreterinnen oder Vertreter unserer Kooperationspartner, Verbänden und Vereinen, von Behörden oder Firmen oder auch als Privatperson. Mit Ihrem Erscheinen bekunden Sie Ihre Verbundenheit zu den AIDS-Hilfen in NRW. Danke, dass Sie hier sind.

Bevor ich nun das Wort an Herrn Prof. Winter übergebe, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zum Beitrag der AIDS-Hilfen zur Gesundheitsförderung unseres Landes.

Seit Beginn der so genannten AIDS-Krise in den achtziger Jahren setzen die AIDS-Hilfen in NRW mit ihrem ganzheitlichen Präventionsansatz das Konzept lebensweltorientierter Gesundheitsförderung der WHO um. Der Ansatz bindet das seelische Wohlbefinden untrennbar in den Begriff Gesundheit mit ein.

Deshalb zielt Gesundheitsförderung in AIDS-Hilfe auf einen Prozess, der es allen Menschen ermöglicht, ein höchstmögliches Maß an Selbstbestimmung zu erlangen. Alle uns aufsuchenden Menschen sollen zur Stärkung ihrer – auch seelischen - Gesundheit befähigt werden und sich *nicht nur* über den Status ihres körperlichen Gebrechens definieren. Für Gesundheit ist es notwendig, dass sowohl der Einzelne als auch Gruppen ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Wünsche und Hoffnungen wahrnehmen und verwirklichen sowie ihre Umwelt meistern bzw. verändern können. Zur Durchsetzung des Rechts auf eine ganzheitliche Gesundheit muss die Kluft zwischen den unterschiedlichen Lebensverhältnissen abgebaut werden.

Die Verantwortung für Gesundheitsförderung liegt nicht nur beim einzelnen Menschen, sondern besonders auch im öffentlichen Gesundheitssektor *und* in allen Politik- und Wirtschaftsbereichen. Die Beteiligung bzw. Unterstützung von nicht-staatlichen Organisationen wie z.B. der AIDS-Hilfen in NRW spielen dabei eine maßgebliche Rolle.

Wir wissen, dass es vielen Menschen nach wie vor schwer fällt, sich alleine um ihre Gesundheit zu kümmern; deshalb brauchen sie Unterstützung von anderen Betroffenen. Wir, die AIDS-Hilfen als immer noch überwiegende Selbsthilfeorganisation, sind gewählter Anwalt vor allem jener Personen und Gruppen, die keinen ungehinderter Zugang zu gesundheitsfördernden Maßnahmen und Strukturen haben.

Wir wissen, dass zu einer Anpassung des persönlichen Verhaltens und zum Abwägen des eigenen Krankheitsrisikos angesichts der Bedrohung durch HIV und AIDS zuvörderst die Wertschätzung der *eigenen Person* sowie die Akzeptanz der damit verbundenen Lebensstile gehört. Denn nur wer in seiner Identität nachhaltig gestärkt wird, kann sich entsprechend selbstbewusst und gesundheitsfördernd verhalten. Und nur dann wird er oder sie dafür Sorge tragen wollen, dass auch sein oder ihr Gegenüber gesund erhalten bleibt.

Unsere Präventionsmaßnahmen richten wir daher an den jeweiligen Lebensstilen aus, vor allem jener Personen und Gruppen, die gesellschaftlich und sozial unterprivilegiert oder kulturell ausgegrenzt sind. Wir sprechen hier von Frauen und Männern, die Drogen gebrauchen, Menschen in Haft, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen, die sexuelle Dienstleistungen erbringen, von schwulen Männern, aber auch von Männern, die mit Männern gelegentlich Sex haben.

Wir sind uns dessen bewusst, dass nicht wenige in unserem Lande denken, die Lesben und Schwulen seien inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Dieser „Scheinliberalität“ möchte ich entschieden widersprechen. Gerade die Diskussionen um den Haushaltsansatz für die landesweiten schwul-lesbischen Strukturen zeigen aus unserer Sicht deutlich, dass es hier nicht nur um Kürzungsdebatten um das Notwendige geht, sondern es sollen aus unserer Sicht 20 Jahre sehr erfolgreiche Akzeptanzarbeit für schwul-lesbische Lebensweisen in NRW nachhaltig geschwächt werden. Nicht anders kann man – oder frau – sich die angedachten Mittelkürzungen um fast 80 Prozent erklären. Wir lesen daraus, dass es offenbar einen politischen Willen gibt, die schwul-lesbischen Strukturen aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen.

Ich bitte von daher die anwesenden Politikerinnen und Politiker sowie die Vertreterinnen und Vertreter befreundeter Organisationen eindringlich, die bisherigen Erfolge in der Emanzipation von Lesben und Schwulen in unserem Land NRW nicht aufs Spiel zu setzen. Deren Strukturen im Sinne einer engagierten Minderheitenpolitik auch zukünftig zu stärken und weiterhin für einen gesellschaftlichen Ausgleich einzustehen liegt *nun in Ihrer Verantwortung*, sehr geehrte Abgeordnete.

Die AIDS-Hilfe NRW mit ihren über vierzig Mitgliedsorganisationen und unter starker Einbindung der schwulen Selbsthilfe hat in den zurück liegenden Jahren unter Beweis gestellt, dass sie, in enger Anbindung an die von HIV und AIDS besonders betroffenen Gruppen und im guten Einvernehmen mit der Politik, gesellschaftliche Entwicklungen wahrgenommen und innovativ in ihrer Arbeit aufgegriffen hat.

So haben die AIDS-Hilfen in Nordrhein-Westfalen und das schwule Netzwerk NRW beispielsweise schon recht früh Prävention und Beratung im Internet angeboten; dies wurde im letzten Jahr noch einmal intensiviert. Wir haben den Aufbau der Jugendarbeit mit schwulen Jugendlichen maßgeblich angestoßen und unterstützen hier kontinuierlich zeitgemäße Präventionsprojekte. Inzwischen leisten wir auch ähnliche Unterstützung im Aufbau der schwulen Seniorenarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt ist die transkulturelle Orientierung unseres Verbandes, d.h. wir nehmen uns mehr und mehr der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund an.

Unsere Aufmerksamkeit gehört auch den Menschen mit HIV und AIDS, die ihre Auseinandersetzung zur Infektion und/oder Erkrankung unter erschwerten Bedingungen führen müssen, die wir als unerträglich bezeichnen. Gemeint sind Menschen in Haft: Nach wie vor fordern wir den einfachen und ungehinderten Zugang zu Kondomen und sterilen Spritzen. Gerade diese Forderung ist untrennbar verknüpft mit unserem Kampf zum Abbau von Ausgrenzung und Stigmatisierung durch Rechtsprechung, Verwaltungsvorschriften sowie durch gesellschaftliche Strömungen, die das Durchsetzen von Vorschriften vor das Recht auf Leben setzen.

Schon vor vielen Jahren haben wir uns sehr engagiert an der Diskussion über

die Einrichtung von Gesundheitsräumen zum Drogenkonsum beteiligt. Unser Spritzenautomatenprojekt betreibt im siebzehnten Jahr nahezu einhundert Automaten im ganzen Land. Auch JES NRW, die Selbsthilfe von Junkies, Ehemaligen und Substituierten, konnte sich von Anfang an auf die Solidarität sowie die personelle und finanzielle Unterstützung der AIDS-Hilfe NRW verlassen.

Gerade im Drogenbereich genießt die AIDS-Hilfe hohes Ansehen, weil sie nie die reine Lehre der Abstinenz verfolgt hat, sondern auch hier die Lebensstile Drogen gebrauchender Menschen akzeptiert. Uns geht es darum, dass sie eine politische und fachliche Stimme haben und dass *auch sie sich selbstbestimmt* vor HIV und damit vor AIDS schützen können! Daher ist gerade im JES-Bereich die öffentliche Hand im Besonderen gefordert. Sollten die Landesstrukturen der JES-Selbsthilfe nicht weiter gefördert werden, würden die fachlichen Stimmen Drogen gebrauchender Menschen verstummen und die mühsam aufgebauten Strukturen und Präventionsstränge mittelfristig wegbrechen.

Meine Damen und Herren, mit meinen Ausführungen habe ich darlegen können, wie wichtig es ist, Strukturen in den Zielgruppen unserer Arbeit zu stützen und zu erhalten. Prävention darf nicht eindimensional gesehen werden, die strukturelle Prävention der AIDS-Hilfen und ihrer Kooperationspartner ist durch nichts zu ersetzen. Sie werden verstehen, dass ich an dieser Stelle die Abgeordneten des Landtags noch einmal nachdrücklich auffordere, sich mit den geplanten Kürzungen im Bereich der JES-Selbsthilfe und des Schwulen Netzwerks NRW fachlich auseinander zu setzen. Wer hier spart, hat das Schicksal kommender Generationen nicht mehr im Blick! Anders formuliert: Es geht hier nicht um Millionenbeträge, sondern um Beträge, die weit unter einer Million liegen. Steuergelder, die gut investiert sein werden, wenn damit HIV-Infektionen in unserem Land nachhaltig verhindert werden können. Und jede nicht stattgefundene Infektion bedeutet die Bewahrung von Leben!

Wir fordern einen radikalen Wechsel in der Beurteilung der Landesförderung: Ausgaben des Landes zur Unterstützung der AIDS-Hilfe-Arbeit und der strukturellen Prävention im Bereich der Junkie-Selbsthilfe und der schwulen Selbsthilfe scheinen zur Zeit ausschließlich als Verbrauch öffentlicher Mittel gesehen zu werden, auf den man angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung auch verzichten kann. Tatsächlich sind die Maßnahmen zur strukturellen HIV-Prävention jedoch eine Investition in die Zukunft unseres Landes, die unbedingt notwendig ist!

Wir, die Vertreter von Selbsthilfeorganisationen, sehen einen unheilvollen Schritt in die Zukunft. Statt, dass Betroffene ihre Belange in Selbsthilfe organisieren und bearbeiten, soll der Weg in eine ausgeprägte Fremdbestimmung münden. Dieser Weg hat mit Freiheit, Emanzipation und Selbsthilfe nichts gemein und führt schon gar nicht zum von uns allen gewünschten Ziel der Befreiung von seelischen und körperlichen Gebrechen im Sinne des WHO-Gesundheitsbegriffes.

Zusammenfassend gestatten Sie mir einen letzten Appell: Ich bitte alle dafür Sorge zu tragen, dass Menschen – Menschengruppen – die aufgrund ihrer soziokulturellen Hintergründe bisher schon Opfer waren, nicht noch mehr durch die Kürzungsszenarien ihres Rechtes auf Chancengleichheit beraubt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort an Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Stefan Winter.

Entwurf

Rede

des Staatssekretärs für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW,

Prof. Dr. Stefan F. Winter,

anlässlich des Jahresempfangs der AIDS Hilfe NRW
am 06. April 2006 in Düsseldorf

zu dem Thema

„Herausforderungen und Perspektiven der Gesundheitsprävention in NRW“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Hackbarth,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Einladung und die Möglichkeit, anlässlich des Jahresempfangs des AIDS Hilfe-Landesverbandes zu Ihnen sprechen zu können.

Bei einer Veranstaltung des Landesverbandes der AIDS-Hilfen erwartet man vom Vertreter der Landesregierung üblicherweise ein Statement über Stand und Perspektiven der AIDS-Prävention in Nordrhein-Westfalen.

Dies will ich auch gerne tun.

Ich möchte heute den Bogen jedoch weiter spannen und Ihnen die Schwerpunkte der Landesregierung bei der Weiterentwicklung der Gesundheitsprävention erläutern, zumal Sie mich gebeten haben, auf diesem Jahresempfang zum Thema Prävention zu Ihnen zu sprechen.

Ich komme diesem Wunsch gerne nach, da es sich um ein Thema handelt, das zwar schon immer wichtig war, aber gerade in jüngster Zeit sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und kommunaler Ebene zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Lassen Sie mich jedoch zunächst kurz auf die Situation im AIDS-Bereich eingehen. Die Eindämmung von AIDS gehört nach wie vor zu den herausragenden gesundheitspolitischen Aufgaben, die mir besonders am Herzen liegen.

Die mit maßgeblicher Unterstützung der AIDS-Hilfen entwickelte erfolgreiche AIDS-Präventionsstrategie hat der gesundheitlichen Prävention insgesamt wichtige Impulse gegeben.

Für Ihre aktive Mitwirkung möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Die Tätigkeit der AIDS-Hilfe Vereine bleibt auch weiterhin ein unverzichtbarer und tragender Baustein der Maßnahmen des Landes zur Eindämmung von AIDS.

Der erreichte hohe Aufklärungs- und Informationsstand in der Bevölkerung sowie die erkennbaren Einstellungs- und Verhaltensänderungen gerade auch in den hauptsächlich von AIDS betroffenen Gruppen bleiben Grundvoraussetzung für einen weiterhin günstigen Verlauf der AIDS-Epidemie in unserem Land.

Damit dieser positive Trend anhält, müssen die präventiven Maßnahmen - insbesondere vor dem Hintergrund der wieder zunehmenden Zahl von Neuinfektionen bei homosexuellen Männern - bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Zugleich muss den festzustellenden Gewöhnungs-, Ermüdungs- und Sättigungseffekten gezielt entgegengewirkt werden.

Ich bin zuversichtlich, dass uns das mit Ihrer Hilfe gelingen wird; denn schon in der Vergangenheit haben die AIDS-Hilfen ihre Präventionsstrategien stets flexibel an neue Herausforderungen angepasst.

Vor allem im Hinblick auf die Aufklärung der Hauptbetroffenengruppen nehmen die AIDS-Hilfen eine Schlüsselfunktion ein.

Das AIDS-Hilfe-Konzept leistet darüber hinaus durch die Solidarisierung mit den von AIDS betroffenen Menschen einen unschätzbaren Beitrag zur Normalisierung des Umgangs mit HIV-Infizierten und AIDS-Kranken.

Die AIDS-Prävention ist dafür ein gelungenes Beispiel. Durch ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken staatlicher und nichtstaatlicher Stellen können die notwendigen Aufklärungsbotschaften - sowohl in der Allgemeinbevölkerung als auch bei den besonders betroffenen Personengruppen - frühzeitig vermittelt und entsprechende Änderungen in Einstellung und Verhalten erreicht werden.

Auf diesen positiven Erfahrungen werden wir auch bei unseren Überlegungen zur Verbesserung der Gesundheitsprävention in NRW aufbauen.

Anrede,

schon seit vielen Jahren sind sich alle Experten einig, dass die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Aus dieser Einsicht sind in der Vergangenheit allerdings zu wenig praktische Konsequenzen gezogen worden.

Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass die Menschen in unserer modernen Industriegesellschaft aufgrund der großen medizinischen Fortschritte verstärkt darauf vertrauen, dass unser leistungsfähiges Medizinsystem ihre Gesundheit - auch ohne eigenes Zutun - jederzeit wiederherstellen kann.

Dass die gesundheitliche Prävention heute wieder verstärkt in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt ist, hat vor allem folgende Gründe:

- Die kontinuierliche Zunahme des Anteils alter Menschen zu Lasten der jüngeren Altersgruppen,
- die steigende Zahl chronisch kranker Menschen,
- die zunehmende Bedeutung von Gesundheit als eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität und
- nicht zuletzt die Erkenntnis, dass angesichts allseits begrenzter finanzieller Ressourcen gerade das in Prävention investierte Kapital sinnvoll angelegt ist.

Ein verstärktes Engagement in Prävention und Gesundheitsförderung erfordert vor allem der demographische Wandel in unserer Gesellschaft.

Die Verantwortung des Staates sehe ich vor allem in der Schaffung von geeigneten und verlässlichen Rahmenbedingungen.

Erwähnen möchte ich hier das auf Bundesebene geplante Präventionsgesetz, das die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung erleichtern und das Zusammenwirken der Akteure im Gesundheitswesen verbessern soll.

Ferner gilt es, gesundheitsriskantes Verhalten weiter einzudämmen und zugleich gesundheitsbewusstes Verhalten zu fördern, damit langfristig bestimmte Krankheiten, wie z.B. des Herzkreislauf-Systems gar nicht erst entstehen.

Die Frage, in welchem Umfang die Prävention zur Kosteneinsparung im Gesundheitswesen beitragen kann, steht für mich nicht im Vordergrund.

Selbst wenn die vom Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen grob berechnete Einsparung von 25 % der Krankenversorgungskosten nicht erreicht werden sollte, stellt dies die Notwendigkeit und den Wert der Prävention nicht in Frage. Zumal durch Prävention auch der Verlauf von bereits bestehenden Krankheiten günstig beeinflusst und damit die Lebensqualität der Patienten insgesamt verbessert werden kann.

Der Sachverständigenrat hat vor allem auf die Schwächen unseres gegenwärtigen Gesundheitssystems hingewiesen, das zu stark auf die Behandlung von Krankheiten im Sinne eines „Reparaturbetriebs“ für körperliche oder geistige Gebrechen ausgerichtet ist.

Bislang noch unzureichend berücksichtigt ist die aktive Einbindung der Gesunden wie auch der Kranken und ihres sozialen Umfeldes in Maßnahmen zur Vorbeugung und Behandlung von Krankheiten.

Eine Umsteuerung unseres Gesundheitssystems ist also dringend geboten. Anfänge dazu sind bereits gemacht.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung auch ein wichtiges gesundheitspolitisches Anliegen der Bundesregierung ist.

Denn die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen müssen weiter verbessert werden.

Hier wollen wir über das in der letzten Legislaturperiode nicht mehr in Kraft getretene Präventionsgesetz hinausgehen, wir brauchen stärker - als es der Entwurf des Präventionsgesetzes vorsah - eine aktive Einbindung der Rolle der Gesundheitsberufe in Prävention und Gesundheitsförderung. Nur wenn uns dies gelingt, werden wir zu nachhaltigen Verbesserungen für die Gesundheit kommen.

Perspektiven in Nordrhein-Westfalen

NRW wird nicht darauf warten, bis der Bundesgesetzgeber die Initiative ergreift.

Die Landesregierung hat Prävention und Gesundheitsförderung nicht nur zu einem Schwerpunkt ihrer Gesundheitspolitik gemacht, sondern bereits konkrete Schritte zu ihrer Neuausrichtung unternommen.

Sie lässt sich hierbei von folgenden Überlegungen leiten:

Die „Präventionslandschaft“ in Deutschland ist derzeit ein Flickenteppich. Es mangelt nicht nur an der notwendigen Transparenz und Vernetzung der vielfältigen unterschiedlichen Aktivitäten in diesem Bereich.

Auch eine noch bessere Kooperation und Koordination auf allen Ebenen und eine Verständigung auf einheitliche Qualitätsstandards halte ich für unabdingbar.

Es bedarf zudem der Festlegung konkreter Präventionsziele. Denn erst hierdurch können Veränderungen messbar gemacht und die Erfolge der Präventionsmaßnahmen belegt werden.

Im Dezember 2005 hat sich die Landesgesundheitskonferenz in einer EntschlieÙung auf eine Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung der Prävention in NRW verständigt.

Auf der Grundlage dieser EntschlieÙung wird derzeit ein Landespräventionskonzept erarbeitet, in dem die einzelnen Präventionsschwerpunkte konkretisiert und Maßnahmen zur Umsetzung festgeschrieben werden.

Die Realisierung des Präventionskonzepts ist als Gemeinschaftsaufgabe aller Partner im Gesundheitswesen angelegt.

Anrede,

nicht nur die zunehmende Zahl älterer Menschen stellt uns vor große Herausforderungen in der Gesundheitspolitik. Auch die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit gravierenden gesundheitlichen Problemen nimmt deutlich zu.

Angesichts dieser Entwicklungen müssen neben den alten Menschen besonders Kinder und Jugendliche Zielgruppen von Präventionsmaßnahmen sein, zumal für den Erfolg der Prävention vor allem entscheidend ist, dass Interventionen möglichst frühzeitig einsetzen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nur einige exemplarische Vorschläge für den Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen herausgreifen:

Derzeit ist die Inanspruchnahme der späten Früherkennungsuntersuchungen (U 8 / U 9) unbefriedigend. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien und ausländische Kinder nutzen die Untersuchungen nur unterdurchschnittlich.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Fälle von Vernachlässigungen und Misshandlungen von Kindern müssen wir Wege finden, gerade diese Kinder besser zu erreichen.

NRW wirkt im Rahmen eines Bundesratsverfahrens an konkreten Vorschlägen zur Behebung dieses Problems mit.

Angesichts der offenkundigen Schädlichkeit des Tabakrauchens dürfen wir nicht tatenlos zusehen, dass immer mehr Kinder bereits regelmäßig rauchen (z.B. 15 % der 13-Jährigen). Hier müssen wir deutlich gegensteuern. Gute Ansätze hierzu bietet unsere Landesinitiative „Leben ohne Qualm“.

Wichtig für die Entwicklung neuer Präventionsinitiativen ist zunächst eine Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote. Wir planen deshalb die Dokumentation der bisher durchgeführten oder geförderten Präventionsprojekte in einer Online-Datenbank.

Damit können nicht nur verlässliche Aussagen über Unter- und Überversorgung getroffen, sondern auch Strategien für die Schaffung flächendeckender präventiver Hilfestrukturen entwickelt werden.

Anrede,

das Erfolgsversprechende an unserer Präventionsstrategie ist, dass sich alle in diesem Bereich tätigen Partner auf einheitliche Grundlagen für die Durchführung von geeigneten Maßnahmen und Projekten verständigt haben.

Dies gilt auch für eine gemeinsame Finanzierung der verabredeten Landesinitiativen. Ich verspreche mir zugleich eine Bündelung der Kräfte in Schwerpunktbereichen und die Durchführung konzertierter Aktionen.

Das Gelingen partnerschaftlich getragener und finanzierter Aktionen in unserem Land zeigt beispielhaft die Landesinitiative „Leben ohne Qualm“.

Land, Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigungen, Unfallversicherung und Deutsche Krebshilfe leisten hier einen finanziellen und konzeptionellen Beitrag zur Förderung des Nichtrauchens bei Kindern und Jugendlichen.

Angesichts der unbestritten dramatischen gesundheitlichen Konsequenzen des Rauchens vor allem für junge Menschen werden wir diese Initiative verstärkt fortsetzen.

Erwähnen möchte ich schließlich noch eine geplante Aktion zur Verminderung von Übergewicht und Bewegungsmangel im Kindesalter.

Diese Landesinitiative, die federführend von den gesetzlichen Krankenkassen in NRW durchgeführt werden wird, soll sich primär an Kindertagesstätten mit einem hohen Anteil an übergewichtigen Kindern aus sozial benachteiligten Familien richten. Mit Ernährungs- und Bewegungsangeboten soll hier gegengesteuert werden. Auch bereits bewährte Aktivitäten wie das Projekt „Gesund macht Schule“, das die Ärztekammer Nordrhein in Kooperation mit der AOK Rheinland durchführt, sollen in das Landespräventionskonzept einbezogen werden.

Ich halte es für wichtig, gesundheitliches Verhalten möglichst früh bei Kindern zu wecken. Dazu kann die Schule viel beitragen, insbesondere wenn sie dies in Kooperation mit Berufsgruppen aus dem Gesundheitswesen tut.

Hier leistet das Projekt der Ärztekammer Nordrhein und der AOK Rheinland Vorbildliches. Die Kooperation der Schule mit Ärzten und dem öffentlichen Gesundheitsdienst trägt entscheidend dazu bei, im Unterricht, der Schul- und Elternarbeit Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung in der Schule zu verwirklichen.

Schulpatenschaften durch Ärzte, Materialien für die Unterrichts- und Elternarbeit, Fortbildung für Lehrer sind einige der Bausteine, die im Projekt eingesetzt werden.

Wichtig ist mit auch, dass diese Maßnahmen evaluiert werden. Erste Ergebnisse zeigen, dass sich dieser Ansatz in hohem Maße bewährt.

Es kommt nunmehr darauf an, dass es nicht bei einmaliger Projektarbeit bleibt, sondern dies Konzept der gesundheitsfördernden Schule zum Regelfall wird. Das Gesundheitsministerium wird solche Entwicklungen unterstützen.

Anrede,

lassen Sie mich unsere Vorstellungen über die Perspektiven der Gesundheitsprävention in NRW zusammenfassen:

Wir wollen auf der Grundlage eines einvernehmlich verabschiedeten Präventionskonzeptes die Durchführung vielfältiger Aktivitäten in eigener Verantwortung der jeweiligen Partner im Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen ermöglichen.

Wirksame und erprobte Präventionsmaßnahmen sollen hierbei möglichst flächendeckend bevorzugt in Kindergärten, Schulen, Altenheimen und ähnlichen Einrichtungen angeboten werden.

Prävention und Gesundheitsförderung sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Es ist mir daher besonders wichtig, dass trotz der Eigenverantwortlichkeit der Partner für ihren jeweiligen Aufgabenbereich eine Verständigung auf gemeinsam durchzuführende und zu finanzierende Landesinitiativen in Schwerpunktbereichen erfolgt.

Das Land wird seinen Beitrag für die Weiterentwicklung und Stärkung der Prävention vor allem dadurch leisten, dass es diesen Prozess moderierend begleitet und die auf diese Weise vereinbarten Landesinitiativen sowohl inhaltlich als auch operational und finanziell unterstützt.

Dies gilt selbstverständlich auch für den wichtigen Bereich der AIDS-Prävention, auf den ich bereits zu Beginn meiner Rede eingegangen bin.



Zum Gelingen dieses Abends haben eine Reihe von Menschen beigetragen, bei denen ich mich für den Landesverband herzlich bedanken möchte:

Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Winter, der es sich trotz der laufenden parlamentarischen Beratungen und zahlreicher anderer Verpflichtungen nicht nehmen ließ, heute zu uns zu sprechen,

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hetjens-Museums, besonders Frau Twarz und Frau Reichel, die es ermöglicht haben, heute in diesem Hause zu Gast zu sein,

der Sektmanufaktur Schloss Vaux, Eltville, die uns zu Beginn des Abends zum Sekt eingeladen haben,

der Blumenwerkstatt Im Thal, Herrn Meis, der diesen Raum in ein solch ansprechendes frühlingshaftes Ambiente getaucht hat,

Herrn Uhr für das Catering und der Brauerei Uerige von nebenan für ihre Unterstützung,

dem Hause Hundt-Druck in Köln,

der AIDS-Hilfe Düsseldorf für die immer gute Zusammenarbeit

sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle in Köln, die diesen Empfang nicht nur vorbereitet haben, sondern auch maßgeblich am Ablauf mitwirken.

Dirk Meyer
Landesgeschäftsführer

Dankesworte